

Brüssel, den 9. März 2026
(OR. en)

6911/26

Interinstitutionelle Dossiers:

2025/0227(COD)

2025/0555(COD)

2025/0240(COD)

CADREFIN 93

FIN 349

POLGEN 52

VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates

Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

Betr.: Mehrjähriger Finanzrahmen (MFR) 2028-2034: Governance-Aspekte

EINLEITUNG

1. Die Kommission hat am 16. Juli und 3. September 2025 ein Paket von Gesetzgebungsvorschlägen für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028-2034 vorgelegt mit dem Ziel, über einen flexiblen Haushalt zu verfügen, um die Ausgabenkapazität an die sich wandelnden politischen Prioritäten anzupassen. Flexibilität ist daher ein zentraler Aspekt des vorgeschlagenen MFR, zusammen mit einer angemessenen Vorhersehbarkeit für langfristige Investitionen.
2. Mit dem Vorschlag wird eine gestrafftere Struktur mit einer geringeren Anzahl von Rubriken und Programmen eingeführt. Außerdem ist mehr Flexibilität innerhalb der Programme und zwischen den Programmen vorgesehen, und zwar durch Mechanismen wie Möglichkeiten zur Neuprogrammierung, finanzielle Puffer, besondere Instrumente und größere nicht zugewiesene Spielräume.

3. Um größtmögliche Wirksamkeit und Effizienz bei der Umsetzung zu erreichen, wird es darüber hinaus wichtig sein, dass die Lehren, die aus den EU-Ausgaben im Zeitraum 2021-2027 gezogen wurden, in den Governance-Regelungen berücksichtigt werden. Es wird gefordert, zusätzlichen Verwaltungsaufwand zu vermeiden und Entscheidungen künftig schnellstmöglich zu treffen. Zugleich ist bislang breite Unterstützung für eine stärkere Rolle der Mitgliedstaaten und des Rates vorhanden; dies sollte in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten so umgesetzt werden, dass das institutionelle Gleichgewicht und die Vorrechte und Aufgaben der Organe der Union gemäß den Verträgen, einschließlich der Zuständigkeit der Kommission für den Haushaltsvollzug, gewahrt werden.

DIE GOVERNANCE-ASPEKTE IN DEN VORSCHLÄGEN

4. Im Rahmen der Pläne für nationale und regionale Partnerschaften beziehen sich die wichtigsten Fragen der Governance auf eine ausgewogene Aufgabenverteilung zwischen der Kommission, den Mitgliedstaaten und dem Rat, insbesondere wenn es um die Annahme und Änderung der Pläne geht.
5. Darüber hinaus fordern die Mitgliedstaaten in Bezug auf die vorgeschlagene EU-Fazilität, dass der Rat bei der Auswahl der Maßnahmen und der Festlegung der Mittelzuweisungen stärker einbezogen wird und die Mitgliedstaaten in der Umsetzungsphase Aufgaben übernehmen. Des Weiteren wurde verlangt, dass die Aktivierungs- und Mobilisierungsverfahren präzisiert werden müssen, um die Transparenz und Vorhersehbarkeit bei der Nutzung des sogenannten Flexibilitätspolsters für neue Herausforderungen und Prioritäten zu verbessern.
6. Eine Frage, die sowohl die Governance des Europäischen Fonds für Wettbewerbsfähigkeit als auch des Instruments „Europa in der Welt“ betrifft, ist die strategische Steuerung. Es wird unter anderem gefordert, die Einbeziehung und Beschlussfassung des Rates und der Mitgliedstaaten im Vorfeld, wenn es um die Festlegung von Prioritäten, Programmplanung und Umsetzung geht, zu präzisieren und für eine vorhersehbare Berichterstattung und einen vorhersehbaren Informationsfluss zu sorgen. Darüber hinaus wird derzeit die Governance-Dimension des Zusammenwirkens zwischen dem Europäischen Fonds für Wettbewerbsfähigkeit und Horizont Europa erörtert. Außerdem besteht hinsichtlich des Instruments „Europa in der Welt“ breite Unterstützung dafür, die Regeln für die Aktivierung der Flexibilitätsmechanismen, einschließlich des Flexibilitätspolsters für neue Herausforderungen und Prioritäten, zu präzisieren.

7. Zwar wird es notwendig sein, die Schaffung neuer isolierter Bereiche zu vermeiden, einen integrierten Ansatz beizubehalten und ausreichende Flexibilität zu wahren, allerdings ist eine breite Zustimmung für klarere und verstärkte Governance-Regelungen, die sich über den gesamten Zyklus von der Vorbereitungsphase bis hin zur Umsetzung erstrecken, ohne unnötigen zusätzlichen Verwaltungsaufwand zu verursachen, zu verzeichnen.

FRAGEN AN DIE MINISTERINNEN UND MINISTER

8. Die Ministerinnen und Minister werden ersucht, Überlegungen dazu anzustellen, welche Governance-Regelungen, insbesondere im Rahmen der drei wichtigsten Finanzierungsinstrumente (Pläne für nationale und regionale Partnerschaften, Europäischer Fonds für Wettbewerbsfähigkeit und das Instrument „Europa in der Welt“) erforderlich sind, um Transparenz, Rechenschaftspflicht und eine wirksame Umsetzung sicherzustellen und dabei zugleich für Effizienz zu sorgen und unnötigen Verwaltungsaufwand zu vermeiden.

Ein modernisierter und flexiblerer EU-Haushalt bedarf einer besseren Governance unter gleichzeitiger Wahrung des interinstitutionellen Gleichgewichts.

- *Wie können Governance-Regelungen eine angemessene strategische Steuerung durch den Rat und die politische Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten sicherstellen und gleichzeitig eine wirksame Umsetzung und Durchführung unter Wahrung der notwendigen operativen Flexibilität und unter Achtung des institutionellen Rahmens gewährleisten?*
- *Wie kann die Governance so gestaltet werden, dass Schnelligkeit, Effizienz, Transparenz und Rechenschaftspflicht erhalten bleiben und gleichzeitig unnötiger zusätzlicher Verwaltungsaufwand vermieden wird?*